# 2019/14 Reportage

https://www.jungle.world/artikel/2019/14/bedrohte-zone

**Paramilitärische Gruppen in Kolumbien**

# Bedrohte Zone

Von **Knut Henkel**

**Paramilitärische Kämpfer drangen im Norden Kolumbiens mehrfach in Dörfer ein. Bei vielen Bewohnern weckt das Erinnerungen an ihre Vertreibung durch das Militär vor rund 20 Jahren.**

Doña Agripina stellt die Teller mit dem dampfenden Essen vor die beiden Freiwilligen von den Peace Brigades International (PBI). »Schön, dass ihr hier seid«, sagt die Frau mit dem hochgesteckten, graumelierten Haarschopf und verschwindet wieder in der Küche. Agripina Bertel ist die Frau von Erasmo Sierra, dem langjährigen Sprecher von Nueva Esperanza (Neue Hoffnung). Das aus 75 Familien bestehende Dorf hat sich vor nunmehr 16 Jahren zur »humanitären Zone« erklärt. An einem stabilen Holzgatter am Ortseingang hängen Transparente, auf denen steht, dass Bewaffnete prinzipiell unerwünscht seien. Trotz des optimistischen Dorfnamens haben dessen Bewohnerinnen und Bewohner derzeit jedoch wieder einmal Angst vor Angriffen.

> »Wir pochen auf unsere Neutralität in einem Krieg, mit dem wir nichts zu tun haben wollen.« *Erasmo Sierra, ehemaliger Sprecher der Humanitären Zone Nueva Esperanza*

»Wir berufen uns auf das humanitäre Völkerrecht, pochen auf unsere Neutralität in einem Krieg, mit dem wir nichts zu tun haben wollen«, sagt Sierra, der gerade gemeinsam mit Padre Alberto Franco am Tisch Platz genommen hat. Franco, ein hagerer Mann mit buschigem Schnauzer und Brille, ist der Leiter der Interkirchlichen Kommission für Gerechtigkeit und Frieden. Die christliche Menschenrechtsorganisation begleitet mehrere der Gemeinden im Chocó, dem an Panama grenzenden nördlichsten Verwaltungsbezirk Kolumbiens.

Der Chocó hat strategische Bedeutung, denn durch ihn verlaufen mehrere Schmuggelrouten für Drogen und Waffen. Zudem werden dort Goldvorkommen vermutet, und auch die Edelhölzer, die in den höher gelegenen Regenwaldregionen zu finden sind, wecken das Interesse nationaler wie internationaler Konzerne. Für Kleinbauern wie die Familien von Nueva Esperanza ist dies Fluch und Hoffnung zugleich. Hoffnung, weil sie

kollektive Landtitel besitzen, Fluch, weil die Titel weder von Unternehmen noch von den paramilitärischen Gruppen respektiert werden.

**Die Rückkehr der »paracos«**

Letztere sind in den vergangenen Monaten wieder verstärkt in der Region aktiv. Sie kontrollieren die Routen, auf denen Drogen gen Norden und Waffen gen Süden geschmuggelt werden. Offiziell wollen die paramilitärischen Gruppen allerdings die Guerillagruppe ELN vertreiben, deren Kämpferinnen und Kämpfer nach der Demobilisierung der weitaus größeren Guerilla Farc in der Region die Kontrolle übernehmen. »Dazwischen sitzen wir«, erzählt Sierra mit einem Seufzer. Der 75jährige ist vor 48 Jahren in den Chocó gekommen, als einer von vielen Kleinbauern, die sich auf der Suche nach Ackerland in der von Dschungel und mächtigen Flüssen geprägten Region niedergelassen haben. Die Flüsse sind oft die einzigen befahrbaren Routen in der Region, denn Straßen, wie die in die rund eine halbe Stunde Autofahrt entfernte Kleinstadt Pavarandó, gibt es erst seit kurzem.

Die bessere Verkehrsanbindung weiß Padre Franco durchaus zu schätzen, denn früher brauchte der agile Pfarrer mindestens zwei Tage, um in das abgelegene Dorf zu kommen – heute ist es ein Reisetag aus Bogotá. Vor drei Tagen ist er aus Kolumbiens Hauptstadt gekommen. Da hatte ihn die Nachricht erreicht, dass acht schwerbewaffnete - paramilitärische Kämpfer, auch paracos genannt, in Nueva Esperanza eingedrungen seien und nach zwei Vorstehern des Dorfes gesucht hätten. »Erst als die paracos mitbekamen, dass internationale Freiwillige da waren, zogen sie fluchend ab«, sagt Benjamín Sierra, der sich mit an den Tisch gesetzt hat. Der älteste Sohn von Erasmo Sierra ist derzeit der Sprecher der Dorfgemeinschaft. »Ohne die internationale Begleitung wären wir kaum noch hier«, meint der 38jährige mit dem dünnen Schnurrbart und dem runden, freundlichen Gesicht.

Verbände der Autodefensas Gaitanistas de Colombia (AGC), eine der größten paramilitärischen Gruppen Kolumbiens, patrouillieren seit mehreren Monaten in der Umgebung des Dorfes. Sie sind eine von drei paramilitärischen Gruppierungen, die in Kolumbien derzeit aktiv sind. »Die anderen beiden sind die streng antikommunistisch agierenden Águilas Negras und das Ejercito Anti-Restitución«, erklärt Padre Franco. »Letztere lehnen jede Form der Landrückgabe ab und sind eng mit den Großgrundbesitzern verbandelt.« Darüber hinaus gibt es eine Fülle von kleineren paramilitärischen Gruppen, die meist in die Produktion und den Schmuggel von Drogen involviert sind. Laut jüngsten Studien von Menschenrechtsorganisationen wie Arcoíris und dem Instituto Popular de Capacitación (IPC, Institut für Volksweiterbildung) aus Medellín agieren paramilitärische Gruppen auf rund 95 Prozent der Fläche der 32 kolumbianischen Verwaltungsbezirke.

Ein Grund für die Rückkehr der paracos ist, dass Konzepte für deren Bekämpfung fehlen. Zwar ist im Rahmen des Friedensabkommens mit der Guerilla Farc auch eine »Kommission für Sicherheitsgarantien« initiiert worden, doch diese hat sich seit Iván Duques Vereidigung als Präsident im August 2018 erst einmal getroffen. Der Effekt sei also gleich null, beklagte jüngst Gustavo Gallón von der Kolumbianischen Juristenkommission, der

auch ein Mitglied jener neu geschaffenen Kommission ist.
Menschenrechtsorganisationen wie die Interkirchliche Kommission von Padre Franco haben daher viel zu tun. Die Begleitung der Gemeinden vor Ort gehört zu ihrem Konzept, deshalb ist Padre Franco auch in Nueva Esperanza. Seine Präsenz vor Ort soll für etwas mehr Sicherheit sorgen, zudem wird die Kommission von den PBI begleitet. Deren zwei Freiwillige sind bereits seit zehn Tagen im Dorf.

**Vertreibung und Neuanfang**

Agripina Bertel freut sich über die Gäste, die auch etwas Abwechslung ins Dorfleben bringen. 18 Jahre war sie alt, als sie mit ihrem Mann Erasmo aus dem Dorf Cuatro Vientos im Verwaltungsbezirk Córdoba in die von Regenwald dominierte Region am Flusslauf des Curvaradó kam. Der Fluss liegt gleich vor ihrer Haustür. In ihm wird nicht nur gewaschen und gebadet, sondern er dient auch zum Abtransport des Edelholzes, das die Männer in den höher gelegenen Regionen schlagen. Holzverkauf und Landwirtschaft sind die Eckpfeiler der lokalen Ökonomie. Mais, Maniok und andere Nutzpflanzen werden hier angebaut. Davon lebt auch die Familie Sierra, die 1997 durch die 17. Armeebrigade im Verbund mit den Paramilitärs vertrieben wurde. »Damals wurden viele Anführer ermordet und mein Mann stand auch auf der Liste«, erzählt die Mitte 60jährige nach dem Mittagessen von dieser traumatischen Erfahrung. Tausende Kleinbauernfamilien, die an den Ufern der Flüsse Jiguamiandó, Curvaradó und Atrato lebten, wurden damals bei der als »Operación Génesis« bezeichneten Militäroperation vertrieben – darunter auch der Großteil der 75 Familien, die heute in Nueva Esperanza leben. »Zwei Jahre lebten wir damals im Exil in Turbo, bevor wir am 3. Dezember 1999 zurückkehrten und neu anfingen«, so Bertel. Schon damals geschah dies mit der Unterstützung der Interkirchlichen Kommission.

Deren Anwälte suchten damals nach einer Möglichkeit, um die zurückkehrenden Gemeinden im Flussgebiet des Curvaradó, Jiguamiandó und Atrato juristisch zu schützen. Die Lösung fanden sie 2001 in der Erklärung zu Zonas Humanitarias (humanitären Zonen). 2003 wurde dieser Titel vom Interamerikanischen Menschenrechtsgerichtshof in San José anerkannt und damit legitimiert. Diese Anerkennung und die Urteile des Gerichtshofs, die den kolumbianischen Staat verpflichteten, die Gemeinden zu schützen, die sich zu einer humanitären Zone zusammengeschlossen haben, sorgten für relative Sicherheit. 13 dieser humanitären Schutzzonen gibt es derzeit in Kolumbien – die meisten davon im Chocó.

Offiziell stehen sie unter dem Schutz der Armee, doch viel Vertrauen hat Doña Agripina in die staatlichen Ordnungskräfte nicht: »Sie tun nichts. In Pavarandó gibt es einen Militärposten, der den Landweg kontrolliert. Doch die Paramilitärs sind trotzdem hier unterwegs.« Deshalb sei sie froh, wenn die Freiwilligen der PBI im Dorf sind, denn das helfe den Bewohnerinnen und Bewohnern. Regelmäßig schreiten die internacionales die von Holzhäusern gesäumten Wege im Dorf ab, um nach außen Präsenz zu zeigen. Nur die Schule ist eine moderne Betonkonstruktion, sie wurde erst vor drei Jahren vom Staat gebaut. Sie steht am Platz des Dorfes, an dem auch die offene Versammlungshalle errichtet wurde. Wie ihr Mann ist Bertel in einer der Kommissionen im Dorf vertreten. »Wir entscheiden zusammen, haben interne Strukturen aufgebaut und uns organisiert«, sagt sie. Nahezu jedes Mitglied ihrer Familie ist im Dorf und für es aktiv. Es gibt Kommissionen

für Bildung, Gesundheit, Wasserversorgung, Arbeit, Jugend- und Frauenrechte und sie koordinieren sich mit denen der beiden benachbarten humanitären Zonen von Pueblo Nuevo und Villaflores.

**Visite mit dem Helikopter**

Der enge Austausch der drei Gemeinden, die seit dem 21. Mai 2000 einen kollektiven Landtitel über 53 000 Hektar besitzen, hat zum Aufbau einer Schule geführt, in der die Älteren ihr Abitur nachholen können. Das Curriculum habe einen »engen Bezug zu unserer Geschichte von Widerstand und Vertreibung«, so Doña Agripina. Ihre Tochter Luz Dani gehört zum diesjährigen Abschlussjahrgang. Die Abschlüsse sind dank der Hilfe der Kommission von Padre Franco landesweit anerkannt. Diese hatte die drei Gemeinden beraten, bei der Entwicklung des Konzepts geholfen und eine Pädagogin zur Koordination in die Region geschickt. Für Padre Franco ist das Schulkonzept ein Modellprojekt: »Es stärkt die Widerstandskultur, und das ist wichtig in Kolumbien.« Dafür hat die Kommission auch international Geld eingeworben, so von der deutschen Bundesregierung und der Kinderrechtsorganisation »Terre des Hommes«.

> »In Pavarandó gibt es einen Militärposten, der den Landweg kontrolliert. Doch die Paramilitärs sind trotzdem hier unterwegs.« *Agripina Bertel*

Doch die Aussichten auf eine Befriedung seien, so der Geistliche, alles andere als positiv. Dafür ist die Politik der Regierung von Duque verantwortlich, die wenig Engagement zeigt, das Abkommen mit den Farc zu implementieren. So wurden die Programme für die Reintegration der Farc-Guerilleros bislang noch nicht umgesetzt und eine verbindliche Rechtsgrundlage für die Arbeit der Richterinnen und Richter der Jurisdicción Especial de la Paz (Sonderjustiz für den Frieden, JEP) fehlt. Aufgabe der Sonderjustiz ist es, während des Bürgerkriegs begangene Verbrechen juristisch aufzuarbeiten.

Darauf hoffen die Opfer des Bürgerkriegs wie Bertel, Sierra und andere Vertriebene der Operación Génesis. Einige Opfervertreter, darunter Sierra, reisten Anfang März ins eine Tagesreise entfernte Cacarica, um am »Festival der Erinnerungen« der Gemeinde für Selbstbestimmung, Leben und Würde von Cacarica (Cavida) in der dortigen humanitären Zone teilzunehmen. Dort sprach man nicht nur über das von vielen gleichermaßen Erlebte, sondern auch über Konzepte für die Versöhnung. Zum Festival war mit Lucia Hernández auch ein Mitglied der Wahrheitskommission angereist, die eine Diskussion mit einem Farc-Guerillero, einem ehemaligen paramilitärischen Kommandanten und zwei ehemaligen Militärangehörigen moderieren sollte. Doch letztere sagten wegen Morddrohungen gegen sie schließlich ab und so nahm als Ersatz ein Wissenschaftler auf dem Podium Platz. Für Sierra sei die Diskussion ein Beitrag zur Versöhnung. Ihm gehe es vor allem darum, zu erfahren, weshalb Armee und Paramilitärs so brutal gegen die Gemeinden vorgingen. »Die Wahrheit hat für uns Priorität«, sagt er, deshalb habe er die Reise nach Cacarica auf sich genommen.

Am 4. März flogen dort mehrere Richter der JEP per Helikopter ein, um Zeugen zu befragen. Im Chocó und dem benachbarten Urabá untersuchen sie in erster Linie Menschenrechtsverletzungen, die von der Armee und paramilitärischen Gruppen zwischen

1986 und 2016 begangen wurden. Dazu gehört auch die Vertreibung der Menschen aus dem Flussgebiet von Jiguamiandó und Curvaradó. Auch Sierra wurde hierzu als Zeuge angehört. Nun hofft er, dass 22 Jahre nach der Vertreibung die Verantwortlichen der 17. Armeebrigade und die paramilitärischen Kommandanten aussagen müssen, um die Vorgänge aufzuklären.

Besonders groß ist die Hoffnung allerdings nicht angesichts des sich wandelnden politischen Klimas in Kolumbien. Das belegt nicht nur die neuerliche Präsenz paramilitärischer Gruppen im Flussgebiet von Jiguamiandó und Curvaradó, dies zeigen auch die zahlreichen Morde an Menschen- und Landrechtlern. Sierra will aber nicht aufgeben. »Dafür haben wir zu lange ausgehalten und darin sind wir uns in Nueva Esperanza alle einig«, sagt er mit fester Stimme.

© Jungle World Verlags GmbH